

Eberswalde, den 02.11.2006



Kontakt:  
AfA UB Barnim, Altenhofer Straße 4, 16227 Eberswalde  
E-Mail: [afa@barnim.de](mailto:afa@barnim.de)  
Homepage: <http://www.afa-barnim.de>

## **Antrag zum Unterbezirksparteitag des SPD-Unterbezirks Barnim am 27.11.2006**

### **AfA-Antrag 3: Modellhafte Einführung der Gewinn- und Unternehmensbeteiligung von Arbeitnehmern**

Die SPD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die Anregungen des Bundespräsidenten Horst Köhler vom Dezember 2005 zur Ertragsbeteiligung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu unterstützen. Diesbezüglich sollen im Ergebnis einer kritischen Diskussion von Chancen und Risiken konkrete Maßnahmen eingeleitet und gefördert werden:

- Bislang existiert die Gewinnbeteiligung in verschiedenen Formen von der jährlichen Gewinnausschüttung bis hin zum Erwerb von Belegschaftsaktien. Diese Formen verdienen Unterstützung mit der Zielstellung, die Teilhabe der Beschäftigten im Unternehmen zu erweitern.
- Zur Erweiterung der Unternehmensbeteiligung gibt es einen gangbaren Weg der staatlichen Unterstützung: Die vom Staat gewährten Investitionsförderungen sowie betriebliche Steuervergünstigungen können zu wesentlichen Anteilen in Richtung einer Beteiligung der Belegschaften gelenkt werden.
- Eine direkte staatliche Unterstützung des Beteiligungsmodells könnte erfolgen nach dem Vorbild der Riester-Rente oder auch damit verknüpft, indem das Kapital am Ende des Arbeitslebens als Zusatz-Rente ausbezahlt wird.
- Die öffentliche Förderung und die Absicherung der Arbeitnehmeranteile sind durch gesetzliche Regelungen zu ermöglichen, die gleichzeitig gewährleisten, dass die Mitarbeiteranteile der Investition und Unternehmensentwicklung voll zu Gute kommen, Mitbestimmung im Unternehmen ermöglichen und nicht beliebig veräußert werden können.
- Diese Vorgaben sollen in ausgewählten Unternehmen modellhaft erprobt werden.

#### Begründung:

Die Schere zwischen den Einkünften aus Kapital und denen aus Arbeit klafft immer weiter auseinander. Außerdem werden von den Unternehmen immer mehr Entscheidungen zugunsten der (kurzfristigen) Profitmaximierung und damit gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. zu Lasten der Sozialkassen getroffen. Wenn Gewinn- und Unternehmensbeteiligungen zielgerichtet gefördert werden, gibt es die Möglichkeit, diese Kette zu durchbrechen. Gleichzeitig wird damit die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht, was zu einem höheren Betriebsergebnis beiträgt. Dieser Weg muss sich aber unterscheiden von den üblichen Geldanlagen in Form von Aktien und Fonds auf dem Kapitalmarkt.

Die Vergabe von öffentlichen Fördermitteln und Steuervergünstigungen ist eine entscheidende Möglichkeit, diesen Prozess zu fördern und zu beschleunigen. Sie soll nicht nur den privaten Eigentümern, Unternehmern und Geldanlegern zufallen, sondern auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Das ermöglicht eine gerechtere Verteilung dieser Mittel, die aus den Steuern aller Bürgerinnen und Bürgern stammen.